

An
Herrn Regionalverbandsdirektor
Peter Gillo

– im Hause –

Saarbrücken, 03.11.2010

Antrag

Sehr geehrter Herr Regionalverbandsdirektor,

wir bitten um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung des Regionalverbandsausschusses am 18.11.2010

„Interkulturelle Öffnung des Regionalverbandes“

Die Regionalversammlung möge beschließen:

Der Regionalverband strebt eine interkulturelle Öffnung seiner Fachbereiche an und wird als ersten Schritt dahin, zukünftig alle Stellenausschreibungen mit einem Zusatz versehen, der deutlich macht, dass Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund willkommen sind.

Dem Beispiel der Landeshauptstadt Saarbrücken folgend könnte die Formulierung beispielsweise lauten: „Gern nehmen wir Bewerbungen von nicht deutschen Interessentinnen und Interessenten entgegen. Der Besitz der EU-Staatsbürgerschaft wird vorausgesetzt.“
(*Letzteres gilt für Bewerbungen als Beamte im öffentlichen Dienst.*)

Begründung

Etwa 16 Millionen Menschen in unserem Land haben ausländische Wurzeln. Jedes dritte Kind unter fünf Jahren kommt aus einer Zuwandererfamilie. Dennoch führt die Art und Weise wie derzeit in Politik und Medien über das Thema Integration und Zuwanderung gesprochen wird, eher zu einer Abgrenzung und Ausgrenzung. Gerade diejenigen Menschen, die hier aufgewachsen sind oder schon lange hier leben, fühlen sich vor den Kopf gestoßen. Deshalb sollte der Regionalverband hier gerade jetzt ein positives Zeichen setzen.

Hinzu kommt, dass sich „sowohl im **Nationalen Integrationsplan**, als auch im Koalitionsvertrag ... Bund, Länder und Kommunen darauf verständigt (haben), den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung durch Einstellungen unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und Leistung zu erhöhen. Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes sind damit gefordert zu handeln und sollen als Vorbildfunktion innerhalb des öffentlichen Dienstes dienen.“ So steht es wörtlich im „**8. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland**“ vom Sommer 2010.

Diese Öffnung ist vor allem für die Bereiche Verwaltung und Bildung sowie für die sozialen Regeldienste wichtig. Oftmals wird der Zugang zu bestimmten Zielgruppen erst durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die selbst einen anderen kulturellen Hintergrund haben, möglich. Denn Integration bedeutet deutlich mehr als nur Spracherwerb.

Die Stadt Saarbrücken hat den Aufruf des nationalen Integrationsplans längst befolgt und wurde im Oktober aufgrund ihrer vielfältigen Aktivitäten im Bereich Toleranz, Demokratie und Bündelung der demokratischen Kräfte gegen Rechtsextremismus von der Bundesregierung mit der Auszeichnung „Ort der Vielfalt“ geehrt. Neben einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik der Landeshauptstadt gehört vor allem auch, dass die Stadtverwaltung interkulturelle Schulungen für ihre Mitarbeiter anbietet und **einen Teil der Ausbildungsplätze jungen Migrantinnen und Migranten vorbehält.**

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Angela Rösel
Fraktionsgeschäftsführerin